

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Stille nach dem Sturm**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1984) : Stille nach dem Sturm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 9, pp. 414-415

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/135954>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Stille nach dem Sturm

In der Wirtschaft gleicht die Lage gegenwärtig ein wenig der Stille nach dem Sturm. Der Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie ist zwar schon seit etlichen Wochen beendet, aber eine gewisse Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist geblieben. Für die Zeit nach dem Arbeitskampf gibt es noch zu wenig Daten, um Gewißheit über den weiteren Konjunkturverlauf haben zu können. Nur eines kann man deutlich erkennen, nämlich daß es wieder aufwärts geht. Aber das besagt noch nicht viel nach einem solchen Einschnitt. Die entscheidende Frage ist, ob ein Anstiegstempo erreicht wird, das eine Fortsetzung des Aufschwungs bedeutet. Damit die Antwort nicht schon wegen unscharfer Begriffsbestimmung unterschiedlich ausfällt, sollte auch gesagt werden, was unter Aufschwung zu verstehen ist: ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der zu erhöhter Auslastung des Produktionspotentials unserer Volkswirtschaft führt.

Alle Welt erwartet einen mehr oder weniger ausgeprägten Prozeß des Nachholens von Produktion, die während des Arbeitskampfes ausgefallen ist. Neuerdings wird dies gern als „Aufholjagd“ bezeichnet. Damit wird das Bild einer ungestüm drängenden Nachfrage suggeriert, die es nun schnellstmöglich – und gewissermaßen koste es, was es wolle – zu decken gelte. Ist das wirklich die Realität? Für den Automarkt ist drängende Nachfrage sicher nicht mehr bezeichnend. Und höhere Kosten, wie sie mit Überstunden und Sonderschichten verbunden sind, bedeuten eine Bremse für die Nachholbemühungen. Bei nüchterner Betrachtung wird von „Jagd“ wohl kaum die Rede sein können. Soweit nachgeholt wird, überzeichnet das Anstiegstempo in den nächsten Monaten die eigentliche Konjunkturtendenz; dafür wird ein Abzug zu machen sein.

Viele hoffen und manche erwarten, daß die Konjunkturtendenz nun wieder ebenso kräftig aufwärtsgerichtet sein wird wie vor dem Arbeitskampf. Dagegen sprechen jedoch zumindest zwei Sachverhalte. Einmal war die Tendenz in den letzten Monaten vor dem Arbeitskampf – genauer: bis Februar 1984 – durch vorübergehend wirksame Faktoren überhöht. Bis zum Ende des vergangenen Jahres hing das mit dem Fristablauf für die Investitionszulage zusammen, danach mit vorsorglichen Aufstockungen der Lagerbestände im Hinblick auf den sich immer deutlicher abzeichnenden Arbeitskampf. An jene Tendenz kann die Konjunktur gar nicht anknüpfen. Zum anderen hat sich die Schwächeneigung am Baumarkt inzwischen akzentuiert, nachdem die Auftragseingänge dort schon im Herbst vergangenen Jahres nachzulassen begannen. Dem steht kein Ausgleich in anderen Bereichen gegenüber, auch nicht im Export. Dieser steigt zwar beachtlich, aber nicht beschleunigt. Berücksichtigt man dies alles, dann kommt man zu dem Schluß, daß die konjunkturelle Grundtendenz künftig flacher sein wird, als sie vor dem Arbeitskampf war; zeitweilig dürfte das durch das Nachholen von Produktion überdeckt werden.

Im nächsten Jahr wird vollends deutlich werden, daß die Kräfte nur für ein bescheidenes Wirtschaftswachstum reichen. Ausgehend von den USA wird dann nämlich der Anstieg der Weltkonjunktur und damit die Expansion unserer Ausfuhr verhaltener werden. Und der verstärkte Anstieg der Arbeitskosten, vor allem wegen der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, tut ein übriges. Unter diesen Umständen wird die Arbeitslosigkeit nicht verringert werden können. Selbst eine weitere Zunahme schon 1985 ist nicht auszuschließen, dann nämlich, wenn das Arbeitskräfteangebot trotz Abwanderung von Ausländern und trotz weiteren Rückzugs in die Stille Reserve nennenswert wachsen sollte.

Es ist verständlich, daß diese Perspektive als Herausforderung zum Handeln empfunden wird. (Nicht verständlich ist allerdings, daß sich der frischgebackene Bundeswirtschaftsminister zu Äußerungen hinreißen ließ, die den Eindruck erweckten, er hielte etwas von Aktionismus.) Was für ein Handeln das sein muß, hängt natürlich von der Diagnose ab. Wer immer noch meint, man brauche das Röhrensystem der Wirtschaft nur gewissermaßen mit der Nachfrage-Gießkanne aufzufüllen, der sieht in einem Eventualhaushalt – den Begriff Konjunkturprogramm mag man wohl nicht mehr gern benutzen – die Lösung. Wer dagegen den Eindruck hat, das Röhrensystem selbst sei auch weiterhin überholungsbedürftig, der wird für ganz andere Mittel plädieren. Man kann das auch so formulieren: Geht es um Konjunktur- oder um Wachstumspolitik? Selten wird es sich freilich um ein reines „Entweder-Oder“ handeln.

Auch in der gegenwärtigen Situation spricht einiges dafür, daß die Geld- und Finanzpolitik konjunkturpolitisch nicht optimal sind; vielmehr gibt es vermeidbare Restriktionseffekte. Die Geldpolitik war im bisherigen Verlauf dieses Jahres eher restriktiv. Würde sie den Spielraum ausschöpfen, den die Potentialorientierung erlaubt, wäre eine stärkere Ausweitung der Geldmenge ohne Gefährdung der Stabilität möglich. In der Finanzpolitik muß mehr als bisher beachtet werden, daß die unmittelbaren Nachfragewirkungen der Konsolidierungsbemühungen auch davon abhängen, welche Einnahmen und Ausgaben verändert werden. Wären z. B. investive Ausgaben erhöht statt neue Subventionen an die Landwirtschaft gewährt worden, gingen vom Staatshaushalt weniger Restriktionseffekte aus.

Hauptaufgabe aber bleibt zweifellos die Verbesserung der Wachstumsbedingungen. Hier hat es in diesem Jahr neben Fortschritten, vor allem in der Preisstabilisierung, auch Rückschläge gegeben. Dies gilt einmal für die Tarifpolitik. Arbeitszeitverkürzung mit ihren Folgen für Arbeitskosten, Realeinkommen und Verfügbarkeit knapper Qualifikationen erschwert die Behebung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit. Wie können unter diesen Umständen die Ergebnisse des Arbeitskampfes „gesamtwirtschaftlich vertretbar“ sein, was sie auch nach amtlicher Lesart angeblich sind? Diesem Urteil liegen untaugliche Maßstäbe zugrunde: Entweder das ökonomisch noch weniger Vertretbare, das auch möglich gewesen wäre, oder eine sehr kurze Sicht, also der Hinweis auf die in der Tat niedrige Lohnerhöhung für dieses Jahr. Positiv ist zwar die vorgesehene größere Flexibilität der Arbeitszeit zu beurteilen. Doch vorerst ist fraglich, inwieweit sie wirklich erreicht wird; das hängt von den dafür erforderlichen Betriebsvereinbarungen ab. Die Verlautbarungen der Gewerkschaften dazu klingen nicht verheißungsvoll. Der neue Kurs der Tarifpolitik beeinträchtigt mittelfristig zweifellos die Beschäftigungschancen.

Einen wachstumspolitischen Rückschlag gab es auch in der Finanzpolitik. War schon die Art der Haushaltskonsolidierung kein wirtschaftspolitisches Meisterstück – sie folgte weitgehend dem Leitsatz: Hauptsache das Defizit nimmt ab, egal wie –, so bedeutete die Gewährung erheblicher neuer Subventionen an die Landwirtschaft – zudem in einer Form, die vielfach die Falschen begünstigt – die Abkehr von den von der Bundesregierung selbst als notwendig bezeichneten Prinzipien. Und das Ergebnis der Beratungen über die Steuerreform war wachstumspolitisch enttäuschend; hier wurde eine Chance nicht ausreichend genutzt. Die Wirtschaftspolitik entfernt sich mit alledem auch von der angestrebten Vertrauensbildung. Eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen wirtschaftspolitischen Absichten ist dringend erforderlich. Andernfalls besteht die Gefahr, daß ein allzu langsames Wirtschaftswachstum wieder jenen Auftrieb gibt, deren Rezepte alles noch viel schlimmer machen würden.